

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschaftler

Bezugspreis: (im Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 7 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15590

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Anzeigenannahme an den dienstfreien Tagen der Zeitung (Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag) die 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 8. Oktober 1929

Nummer 235

Neue Enthüllungen im Sklaref-Scandal

Der SPD-Oberstaatsanwalt als Kuhnlieferer der Verbrechen / Wie die SPD Sklaref ins Geschäft brachte / Tabakmonopol durch Reemtsma in Vorbereitung / Der Bürger-Killinger-Anschlag auf den 9. November in Sachsen

Die „Rote Fahne“ deckt auf:

Berliner Oberbürgermeister belastet

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Rote Fahne veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer den ersten Teil der Liste derjenigen städtischen Beamten, die von Sklaref Anträge erhalten haben zu einem Preise, der vier- bis fünfmal unter den Gehältern liegt.

Diese Liste enthält u. a. den Namen des Oberbürgermeisters Böhm und seiner Tochter, die eine Reithalle erhalten hat, ferner den früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten a. D. und Oberbürgermeister Friedrich Hecht, ferner den ersten und zweiten Vorsitzenden der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, ferner den sozialdemokratischen Staatsanwalt Reimund, den Oberstaatsanwalt Lehmann, ferner eine ganze Reihe sozialdemokratischer Bürgermeister, Stadträte, Stadtschulräte, den berüchtigten Prolet, den Generaldirektor der Berliner Verkehrs-W.G., Krille, den sozialdemokratischen Generaldirektor der Berliner Brennstoffgesellschaft und auch sozialparteiliche und deutschnationale Stadtoberordnete und Magistratsbeamte.

Da gegen die Empfänger dieser Kleidungsstücke ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, fallen alle diese hohen Würdenträger der SPD, ferner der demokratische Oberbürgermeister Böhm unter diejenigen, die einem Disziplinarverfahren unterliegen.

Bis jetzt ist noch keine Veröffentlichung der Kleiderliste erfolgt, da man von ihr die Kompromittierung der bekanntesten sozialdemokratischen und bürgerlichen Persönlichkeiten Berlins befürchtet. Jetzt wird auch verständlich, warum der Oberstaatsanwalt Lehmann bereits früher das Untersuchungsverfahren gegen den sozialdemokratischen Vertreter Liebert niedergelassen hat, warum der Oberstaatsanwalt Lehmann „im Interesse des Untersuchungsverfahrens“ nichts veröffentlicht hat, steht er doch selbst an der Spitze derer, die in guten Beziehungen zu den Betrügern Sklaref standen. Der Vorwärts schweigt beharrlich. Noch einen Tag vor der Verhaftung hat mit dem Sklaref in Berlin ein offenes Kartell gefunden, an dem der sozialdemokratische Bürgermeister Schneider teilgenommen hat. Es wurde dabei eine Reihe von 4500 Mark gemacht. Die Rote Fahne fragt: Ist es wahr, daß sich der sozialdemokratische Staatsanwalt Reimund von den Sklaref keine Hochzeitsreise nach Italien bezahlen ließ? Die Rote Fahne kündigt weitere Enthüllungen an.

Eines der charakteristischsten Kennzeichen des Kapitalismus ist die Korruption. Diejenige Partei, die der Erhaltung des kapitalistischen Systems dient, muß unweigerlich in den Korruptionsstumpf hineingezogen werden. Ein ganzes dräseliges Netz hat sich hier um den Sklaref-Scandal in Berlin und an anderer Stelle, nämlich in Coburg, der Jünings-Scandal, bei dem die Nationalsozialisten, die in Coburg die Mehrheit haben, die Hauptbeteiligten sind.

Die Rote Fahne hat in ihrer Sonnabendnummer mit den großen Enthüllungen über den Sklaref-Scandal begonnen. Schon die bisher veröffentlichten Tatsachen zeigen, daß sich

hier tiefe Kommunalstünde zu einem Scandal für die SPD

ausgewählt hat. Die erste Frage, die die Rote Fahne in ihrer Nummer vom Freitag, dem 4. Oktober, an die Leserschaft gerichtet hat, lautet: „Wer hat die Sklaref ins Geschäft gebracht?“ In der Sonnabend- und Sonntagnummer gab das Zentralorgan unserer Partei die Antwort darauf und zeigte an Hand von einwandfreiem Material, daß es die SPD gewesen ist, die die Mitglieder der SPD, nämlich die Gebrüder Sklaref, ins Geschäft gebracht hat.

Vor allen Dingen sind es zwei Sozialdemokraten, mit deren Hilfe es den Gebrüder Sklaref gelungen ist, ihre Monopolstellung in der Lieferung von Textilwaren zu erhalten. Es sind dies die Sozialdemokraten Kieburg und Liebert.

Kieburg

hatte vor dem Jahre 1921 ein kleines pleitegegangenes Konfektionsgeschäft in Neufalken innegehabt. Mit Hilfe seiner sozialdemokratischen Freunde wurde er nach diesem „Befähigungsnachweis“ zum Direktor der Neufalkener Kleidungs- und Bekleidungs-Gesellschaft ernannt. Nach kurzer Zeit stand diese Gesellschaft durch die Tätigkeit des Kieburg vor einem Defizit von 14 Millionen Mark. Mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde Kieburg trotz dieser Schwereisen, durch die das 14-Millionen-Defizit sich ergeben hatte, zum Direktor der großen Kieburger Bekleidungs-Gesellschaft in der Kommandantenstraße ernannt. Damit — es war im Jahre 1921 — begann das gemeinsame Geschäft zwischen Kieburg und den Gebrüder Sklaref. Zum Gehilfen wurde der in der Anlaufungs-Gesellschaft für Textilien tätige Prolet und SPD-Mann Liebert bestellt.

Der Sozialdemokrat Kieburg verließ sich in kürzester Zeit das gesamte Lager zu einem lächerlichen Preis, damit die Sklaref wieder mit neuen Lieferungen bedacht werden konnten. Die Presse, die die Beförderung des Kieburg nicht gerade sehr günstig kritisierte, wurde durch Kieburgs Inzeratenaufträge, die vorher die Kleiderher-

stellungsgesellschaft überhaupt nicht erteilt, zum Schweigen gebracht. Von 1921 bis zum Jahre 1929 haben die Sklaref mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Freunde nicht weniger als für 400 Millionen Schandware an die Stadt Berlin geliefert.

Neben Kieburg war es der SPD-Mann Liebert

der sich mit Hilfe der KPD ein Millionenvermögen erworben hat. Kein Geschäft ging über diesen Sozialdemokraten, ohne daß er sich davon eine horrende Provision ausbedungen hätte. Auf diese Weise gelang es dem angestellten Liebert, nicht nur Teilhaber der Tuchfabrik Sommerfeld, sondern auch Teilhaber der Beleuchtungskörperfabrik Liebert u. Co. in Berlin zu werden. Darüber hinaus hat Liebert, der in Geld förmlich schwamm, riesige Summen ausgeliehen, für die er pro Monat 3 Proz., d. h. 36 Proz. Zinsen, forderte und

Eine neue Provokation:

Anschlag der Bürger-Killinger-Regierung auf den 9. November

Dresden, den 8. Oktober.

Das sächsische Kabinett beschloß in der Sitzung vom 4. Oktober, dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, die dem 9. November den Charakter des gesetzlichen Feiertages nimmt. Ein Jubel in der bürgerlichen Presse und lange Kommentare über die mutige Verteidigung „wirtschaftlicher“ und nationaler Belange durch die Regierung zeigen, welche Bedeutung die Bourgeoisie diesem Festtag der sächsischen Regierung gegen die Arbeiter beimißt. In seiner Sonntagausgabe bemüht sich der Dresdener Anzeiger, besonders nachzuweisen, „daß daraus (dem Festtag des 9. November als Feiertag) auch zahlreiche wirtschaftliche Schwierigkeiten entspringen“. Es ist geradezu grotesk, in einer Zeit der dauernden Erwerbslosigkeit von Hunderttausenden in den einzelnen Großstädten und Industriestädten solche Argumente vorzubringen. Es ist dies auch lediglich ein Vorwand, der die wirklichen Gründe des reaktionären Vorstoßes verdecken soll. Außerdem wird vom Dresdener Anzeiger gesagt: „Vor allem stehen aber wichtige nationale Aufgaben gegen die Verteilung des Feiertagscharakters an diesem Tage“. Der eigentliche Hintergrund, weswegen der 9. November als Feiertag befestigt werden soll, ist aber in folgendem Satz enthüllt:

„Nachdem der 9. November zu den Revolutionstagen großer Bedeutung ist, ist die Einföhrung auch weit in die sozialdemokratischen Kreise gedrungen, daß der 9. November der Tag des Zusammenbruchs ist, daß sich in ihm das größte deutsche Unglück verheert und daß deshalb wahrlich kein Anlaß besteht, ihn zu feiern.“

Mahatma Gandhi



Der Führer des bürgerlichen Flügels der indischen Freiheitsbewegung, wurde dieser Tage 60 Jahre alt.

erhielt. Gleichfalls setzte er sich in den Besitz sehr wertvoller Grundstücke, von denen er allein in Berlin sieben besitzt, die er zum Teil auf andere Namen eingetragen hat.

Alle diese Tatsachen, von denen wir hier nur einen kleinen Auszug bringen können, waren der SPD wohl bekannt. Sie konnte und wollte diese Verhältnisse nicht ändern, „weil die Sklaref und ihre sozialdemokratischen Kumpane die SPD-Politiker in der Hand hatten. Dieser Tatsache verdanken auch die Sklaref die Verlängerung der Lieferungsverträge, für die sich damals der Sozialdemokrat Heilmann so warm eingesetzt hat.

Dieses Netz der Korruption werden die Berliner Arbeiter, wird die Rote Fahne nach allen Seiten hin beleuchten. Dem Vorwärts ist schon bei den letzten Enthüllungen der Rote Fahne die Sprache weggeblieben. Der Sklaref-Scandal wird dazu beitragen, daß am 17. November die Arbeiterklasse sich in noch viel stärkerem Maße als bisher von der SPD-Korruptionspartei abwendet und der KPD als der Partei, die rücksichtslos gegen die Korruptionisten vorgeht, ihre Stimmen gibt.

Es ist der „Lubergerruch“ der Revolution, der dem 9. November anhaftet; es ist die Erinnerung daran, daß die Straßen und Gebäude damals nicht durch die schwarzroten Horden der Truttbourgeoisie, sondern das rote Banner der Revolution beherrschet waren, dem Symbol des Kampfes der Arbeiter- und Soldatenräte und der Diktatur des Proletariats. Daß diese Tage der revolutionären Kämpfe von den Ausbeutern und ihren Organen als Tage des größten Unglücks bezeichnet werden, an die es auch nur die leiseste Erinnerung auszulösen gilt, ist sehr erklärlich. Die heutige Situation ist besonders dazu geeignet, unter allen Umständen diese Erinnerung zu wecken, weil die Sozialdemokratie, die damals noch die Möglichkeit hatte, die Arbeiter von der enghalsigen Beteiligung des kapitalistischen Systems abzuhalten, heute ihren Einfluß auf die entscheidenden Schichten des Proletariats in immer schnellerem Tempo verliert, und weil inzwischen die kommunistische Partei in immer breiterem Maße die Führung der Arbeiterklasse erobert. Der Angriff auf den 9. November gilt also nicht etwa einer „Geburtsstunde der Republik“, denn dieser Tag war noch kein schwarzroter, er war der Tag des Zusammenbruchs des alten Regimes unter revolutionären Regierergewinnungen. Das beweist auch folgender Satz:

„Büßt man das Bedürfnis, des Wandels der alten zur neuen Zeit in besonderer Art zu gedenken, dann muß man die Erinnerung an ein Ereignis suchen, das Aufstand, aber nicht Niederbruch bedeutet.“

Die heutige Zeit des Massenstreiks, des Raubes selbstverarmtesten Erzeugnisse, die bereits befestigten Regierungen